

CDU/CSU gegen Kontrolle

Am Widerstand der Union scheitern Versuche der SPD, mit einem von allen Parteien getragenen Fraktionsgesetz die Finanzierung der Bundestagsarbeit auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. SPD und FDP sind bereit, dem Bundesrechnungshof das Recht einzuräumen, die Wirtschaftlichkeit der Fraktionsarbeit zu überprüfen. Der CDU/CSU ist dies zuviel Transparenz. Die Bundestagsfraktionen erhielten im vorigen Jahr 109 Millionen Mark aus Steuergeldern. Die Zuschüsse werden bisher nur grob im Haushaltsplan ausgewiesen, eine öffentliche Rechnungslegung fehlt ebenso wie eine Kontrolle.

Machtkampf unter Militärs

Im Verteidigungsministerium ist ein Machtkampf unter den höchsten Militärs ausgebrochen. Vizeadmiral Ulrich Weisser, Intimus von Verteidigungsminister Volker Rühle, wird im Führungskreis verdächtigt, Generalinspekteur



Naumann

Klaus Naumann mit gezielten Indiskretionen bloßzustellen. Das *Hamburger Abendblatt* hatte vorige Woche von Klagen Naumanns über mangelnden Einfluß berichtet und ihn mit dem Hinweis

zitiert, der türkische Generalstabschef sei „viel mächtiger als der Verteidigungsminister“ in Ankara. Tatsächlich war es Rühes Staatssekretär Jörg Schönbohm, der in einem Gespräch in der Chefetage des Ministeriums am 2. März scherzhaft auf die Türkei verwiesen hatte. An dem Gespräch waren außer Rühle nur fünf leitende Hardthöhen-Mitarbeiter beteiligt, darunter Naumann und Weisser. Im Ministerium wird nun Weisser unterstellt, das Zitat falsch zugeordnet und lanciert zu haben. Naumann hatte den *Abendblatt*-Informanten, ohne ihn beim Namen zu nennen, öffentlich als „niederträchtig“ bezeichnet. Auf der Hardthöhe ist es kein Geheimnis, daß Weisser Generalinspekteur werden will.

Lustreisen an die Algarve

Die Korruption an Rhein und Ruhr nimmt offenbar ein immer größeres Ausmaß an. Nach einem bislang unveröffentlichten Bericht über die

18 000 Mark für die Gestaltung eines Gartens bezahlt. In einem Reisebüro wurden umfangreiche Unterlagen sichergestellt, aus denen hervorgeht, „daß landesweit einflußreiche Kommunal-, Landes- und Bundesbedienstete an von Firmen finanzierten Reisen“ teilnahmen. Die Ausflüge führten nach London oder an die Algarve.

Um die Begünstigten zu tarnen, waren die Reisen unter Pseudonym gebucht. Beispielsweise habe auch „ein Bürgermeister einer Großstadt“ in Nordrhein-Westfalen „an zwei firmenfinanzierten Reisen“ teilgenommen und Präsente erhalten. Auf einer einzigen Liste seien „z.B. 34 Amtsträger verzeichnet, wobei 5 mit dem Vermerk gekennzeichnet“ waren: „Geschenk nutzlos, weil nicht erfolgversprechend“.

Die Strafverfolger stießen bei Ermittlungen um den Bau der U-Bahn in Dortmund auf die Korruptionsspuren. Dort wurden bereits 55 Verfahren eingeleitet. Dem Bericht zufolge haben Bauunternehmen schwarze Kassen für die Pflege der Kundschaft angelegt. „In einigen Fällen“ habe es „eine solche Vielzahl von Abhängigkeiten“ gegeben, daß Unternehmen „sogar auf die Personalpolitik der Bauämter Einfluß nehmen“ konnten. Die „bestochenen Amtsträger“, steht in dem Bericht, „handelten als Interessenverwalter der Unternehmen“.

Diät für Staatssekretäre

Die von Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth eingesetzte Kommission zur Überprüfung des Abgeordnetenrechts will Macht und Besoldung der 26 Parlamentarischen Staatssekretäre beschneiden. Sie sollen laut einem internen Pa-

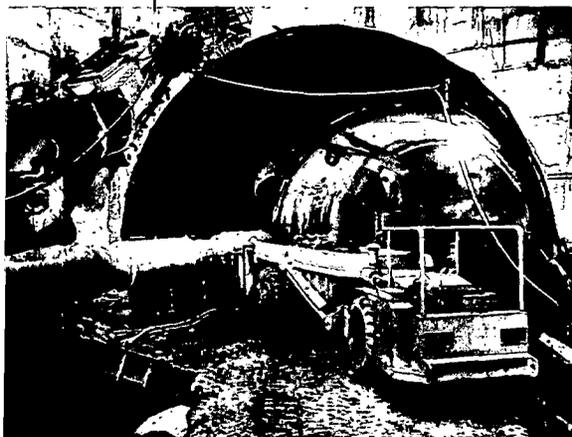


Süßmuth

pier künftig ihre Minister weder im Ministerium noch im Kabinett, sondern nur noch gegenüber dem Bundestag vertreten dürfen. Statt Abgeordnetendiäten plus Staatssekretärssold, insgesamt rund 26 000 Mark monatlich, soll es nur noch Diäten plus einer Funktionszulage wie für die Vizepräsidenten des Bundestags geben. Das sind rund 5000 Mark im Monat weniger.

Linker Terror in Berlin

In Berlin-Kreuzberg terrorisiert eine linksextremistische Gruppe namens „Klasse gegen Klasse“ undogmatische Linke und Alternative. Jüngstes Opfer: Gerd Nowakowski, Chef der Berliner Lokalredaktion der *taz*. Die Unbekann-



U-Bahn-Bau (in Dortmund)

„Organisierte Kriminalität in Nordrhein-Westfalen“ stellten Ermittlungsbehörden „Geschenklisten mehrerer Firmen“ sicher. Auf diesen Listen sind die Namen von „ca. 1600 Bediensteten des Landes und der Kommunen“ notiert.

Eng sind vor allem die Beziehungen zwischen Baubehörden und Firmen. Unternehmen haben städtischen Mitarbeitern hochwertige Computer und teure Fernsehgeräte geschenkt, günstige Kredite eingeräumt oder auch

ten schickten dem Journalisten in der vergangenen Woche mit der Post eine Neun-Millimeter-Revolverpatrone ins Büro. In einem Drohbrief forderten sie den Abdruck neomarxistischer Pamphlete. Falls Nowakowski den Abdruck verweigere, „werden Deine Kniescheiben von 9mm Parabellum-Geschossen, wie beigelegt, zertrümmert“. Die marxistisch-leninistisch orientierte Gruppe grenzt sich von den Autonomen ab, die ihr nicht militant genug sind. Im vergangenen Jahr übernahm sie die Verantwortung für mehrere Brandanschläge in Berlin. Vor der Berliner Kommunalwahl im Mai zerstörten Mitglieder der Gruppe das Auto des SPD-Linken und Kreuzberger Bürgermeisters Peter Strieder.

Reinschrift an der Spree

In der Berliner Außenstelle des Bundesfinanzministeriums fehlt es an Arbeit. Lautstark beschwerte sich ein Teil der 200 Beamten auf einer Personalversammlung darüber, „keine eigentliche Aufgabe“ zu haben. Dabei werden allwöchentlich nicht nur zahlreiche Beamte, sondern auch Berge von Schriftgut von Bonn nach Berlin und zurück geflogen. Um zumindest den Schreibdienst auszulasten, berichtet ein Beamter, würden in Bonn verfaßte Entwürfe in Berlin „in Reinschrift gesetzt“.

Totale Luftnummer

Die PDS will für die neuen Länder Geld spendieren, das ihr nicht zusteht. Das Angebot an Bundesinnenminister Rudolf Seiters und seinen Finanzkollegen Theo Waigel, 800 Millionen Mark aus früherem SED-Vermögen sofort für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) im Osten freizugeben, erweist sich, so ein Experte der Berliner Kommission DDR-Parteivermögen, als „totale Luftnummer“. Die PDS habe kein Recht, sich als selbstloser Spender zu geben. Schon auf ihrer nächsten Sitzung will die Kommission feststellen, daß fast das gesamte von der SED zu DDR-Zeiten zusammengegraffte Vermögen unrechtmäßig erworben wurde und damit der Staatskasse zufällt. Es muß laut Einigungsvertrag dann zu gemeinnützigen Zwecken in den neuen Ländern verwandt werden. Tatsächlich drohen der PDS zweistellige Millionenforderungen der Kommission. Die SED-Nachfolgerin hat, so ergaben Berechnungen, nach der Wende weit mehr Geld für ihre politische Arbeit ausgegeben, als sie aus rechtmäßigem SED-Vermögen und Neuvermögen einnahm. So knüpfte die PDS ihr 800-Millionen-Angebot letzte Woche auch an die Bedingung, im Gegenzug müßten „irgendwelche Haftungen“ für finanzielle Altlasten der Partei ausgeschlossen werden.



Ich weiß, was ich will.

Stil, Eleganz, Dynamik.

B.
BAUMLER
men's fashion